

Schweizer Firmen fordern Gebühr auf Billigware

Paketflut aus Fernost Täglich erreichen 100'000 Pakete von Temu und Shein die Schweiz – die neue Mehrwertsteuer hat nichts gebremst. Nun verlangen Detailhändler von Aldi bis Manor eine Bearbeitungsgebühr.

Claudia Gnehm

Mit einer neuen Mehrwertsteuer hätte die tägliche Flut von rund 100'000 Paketen chinesischer Onlineanbieter eingedämmt werden sollen, die von Anbietern wie Temu oder Shein in die Schweiz kommen.

Doch die Hoffnung hat sich ein Jahr nach der Einführung zerschlagen. Denn die Billigware kommt weiter ungebremst in die Schweiz, obwohl die Steuer für alle Onlineplattformen seit Anfang 2025 bereits ab dem ersten und nicht mehr erst ab 62 Franken Bestellwert fällig wird.

Trotzdem gewinnt Temu in der Schweiz weiterhin in enormem Tempo Marktanteile, wie das Beratungsunternehmen Carpathia kürzlich festhielt.

Das setzt hiesige Anbieter unter Druck. Der Preisunterschied zwischen Temu und Schweizer Händlern bleibe trotz der Steuer riesig, sagt Sandro Küng vom Spielwarenverband Schweiz (SVS). Hinzu komme, dass die US-Regierung das Ende der Zollbefreiung für Kleinsendungen (De-minimis-Regel) angekündigt habe. Daher würden Temu und Shein verstärkt auf die Schweiz und EU setzen.

Zweifel an Steuerabgaben von Temu und Shein

Die Direktorin der Swiss Retail Federation, Dagmar Jenni, bezweifelt, dass alle ausländische Plattformen mit mehr als 100'000 Franken Umsatz in der Schweiz tatsächlich ab dem ersten Franken Mehrwertsteuer entrichten. Gemäss dem Bundesrat waren im September des letzten Jahres 22 ausländische Plattformen registriert.

Allerdings gibt es laut Jenni keine wirkliche Transparenz, da die Namen der Unternehmen nur mit ihrer Zustimmung von der Eidgenössischen Steuerverwaltung veröffentlicht werden können – wegen des Steuergeheimnisses. Weder Temu noch Shein seien auf der jüngsten Liste vom letzten November aufgeführt gewesen. Ihr Verband, dem Detail-



Mit täglich rund 500'000 Sendungen, ein Fünftel aus China, kann der Zoll bloss Schwerpunktkontrollen durchführen. Foto: Claudio Thoma (Keystone)

händler von Aldi über Manor bis Volg angehören, erwarte ein konsequentes Vorgehen der Steuerverwaltung.

Aus Sicht der Schweizer Händler ändert die neue Mehrwertsteuer nichts an ihrer Be-

nachteiligung. Die chinesischen Anbieter verschafften sich Wettbewerbsvorteile, weil sie sich nicht an Schweizer Vorschriften zu Produktsicherheit, Lauterkeit sowie Arbeits- und Umweltstandards halten müssten.

Nachdem die EU erste wirksame Instrumente gegen unsichere Importe eingeführt habe, müsse die Schweiz nun nachziehen und sicherstellen, dass ausländische Onlineplattformen denselben Anforderungen unterlägen wie

hiesige Unternehmen. Dies fordern betroffene Verbände heute in einem gemeinsamen Brief an das Büro des Nationalrats. Das Schreiben liegt dieser Redaktion vor. Sie kritisieren zudem, dass entsprechende parlamentarische

Vorstösse schon länger blockiert seien und deshalb in der Frühlingssession endlich behandelt werden sollten.

Unterzeichnet haben neben dem Spielwarenverband und der Swiss Retail Federation auch Handel Schweiz, Promarca, Swiss Textiles, Asmas Sportfachhandel Schweiz und weitere Verbände.

Der unkontrollierte Import führe beispielsweise dazu, dass rund 80 Prozent der Temu-Spielzeuge die Schweizer Sicherheitsstandards nicht erfüllten, führt Sandro Küng vom Schweizer Spielwarenverband aus. Zudem hafte niemand, wenn ein Kind durch ein Produkt verletzt werde. Deshalb verlangen die Verbände auch, dass Onlinemarktplätze zu einem juristischen Sitz in der Schweiz verpflichtet werden.

Gebühr nach EU-Modell kein Tabu mehr

Wie stark sich die Lage zuge-spitzt hat, zeigt sich daran, dass Jenni nun sogar eine Bearbeitungsgebühr auf Kleinsendungen befürwortet – ähnlich jener, die die EU ab Juli 2026 mit drei Euro einführt. Vor einem Jahr hatte sie eine solche Abgabe gegenüber dieser Redaktion lediglich als «vorstellbar» bezeichnet. Gemäss der «SonntagsZeitung» prüft die Bundesverwaltung derzeit eine entsprechende Gebühr.

Diese soll laut der Direktorin der Swiss Retail Federation, Dagmar Jenni, im Rahmen der laufenden Revision des Produktesicherheitsgesetzes eingeführt werden, deren Vernehmlassung im März startet. Ideal wäre eine parallele Einführung mit der EU. «Es gilt zu verhindern, dass die Schweiz zur Paketeinfuhrdreh-scheibe für ganz Europa wird», betont Jenni.

Das Beispiel Italien zeige, wie schnell Händler auf neue Hürden reagierten: Dort brachen die Paketeinfuhren nach der Einführung der Gebühr schon Anfang Januar massiv ein. Die Frachtflieger aus China steuerten statt Italien vermehrt andere EU-Länder an.